

Vorlage Nr.: V-Leu00008/19

Datum: 26. NOV. 2019

Vorlage

für den Stadtbezirksbeirat Leuben

Beratung und Beschlussfassung

Stadtbezirksbeirat Leuben	04.12.2019	öffentlich	beschließend
---------------------------	------------	------------	--------------

Gegenstand:

Priorisierung von örtlichen Straßenbaumaßnahmen im Stadtbezirk Leuben

Beschlussvorschlag:

Der Stadtbezirksbeirat Prohlis bestätigt die vom Oberbürgermeister vorgelegte Vorschlagsliste gemäß Anlage 1.

bereits gefasste Beschlüsse:

aufzuhebende Beschlüsse:

Finanzielle Auswirkungen/Deckungsnachweis:

Haushaltsmittel für sämtliche vom Oberbürgermeister – Amt 66 – vorgeschlagenen Bau-
maßnahmen sind im Haushalt des GB6/Amt 66 eingeplant. Der Stadtbezirksbeirat darf über
diese nicht entscheiden.

Soweit der Stadtbezirksbeirat zusätzliche Baumaßnahmen wünscht und dafür keine Haushaltsmittel im GB6/Amt 66 verfügbar sind, muss die Finanzierung aus den Haushaltsmitteln des jeweiligen Stadtbezirkes erfolgen und bedarf der Zustimmung des Stadtbezirksbeirates. Dies erfolgt in einer getrennten Vorlage – bspw. finale Liste der Maßnahmen – oder in Einzelvorlagen.

Investiv:

Teilfinanzhaushalt/-rechnung:

Projekt/PSP-Element:

Kostenart:

Investitionszeitraum/-jahr:

Einmalige Einzahlungen/Jahr:

Einmalige Auszahlungen/Jahr:

Laufende Einzahlungen/jährlich:

Laufende Auszahlungen/jährlich:

Folgekosten gem. § 12 SächsKomHVO (einschließlich Abschreibungen):

Konsumtiv:

Teilergebnishaushalt/-rechnung:

Produkt:

Kostenart:

Einmaliger Ertrag/Jahr:

Einmaliger Aufwand/Jahr:

Laufender Ertrag/jährlich:

Laufender Aufwand/jährlich:

Außerordentlicher Ertrag/Jahr:

Außerordentlicher Aufwand/Jahr:

Deckungsnachweis:

PSP-Element:

Kostenart:

Werte der Anlagenbuchhaltung:

Buchwert:

Verkehrswert:

Bemerkungen:

Begründung:

Mit dieser Vorlage erfolgt die notwendige Beteiligung der Stadtbezirksbeiräte hinsichtlich Baumaßnahmen auf örtlicher Ebene von Straßen, Wegen, Plätzen ggf. einschließlich Rad- und Fußwegen.

Bei diesen Maßnahmen handelt es sich um Baumaßnahmen unterschiedlicher Intensität. Das bedeutet, es kann sich theoretisch einerseits um einfachste Instandsetzungsarbeiten und ande-

rerseits um einen grundhaften Neubau handeln. Die Maßnahmen können sowohl Straßen und Gehbahnen, Radwege, Plätze und viele weitere in der Regel oberflächlich bebaute Teile von Grundstücken betreffen.

Aus sprachlichen Gründen wird innerhalb der Begründung der Vorlage fortan ausschließlich die Worte „Straße“ und „Baumaßnahme“ verwendet. Die genaue Differenzierung erfolgt in der Anlage 1 – der Vorschlagsliste des Oberbürgermeisters, welche vom zuständigen Geschäftsbereich Stadtentwicklung (Straßen- und Tiefbauamt) zugearbeitet wurde.

a) Rechtlicher Hintergrund

Den Dresdner Stadtbezirksbeiräten wurde durch Beschluss des Stadtrates Nr. V2476/18 vom 30. August 2018 mit Wirkung zum 01. Januar 2019 folgende Aufgaben übertragen:

1. die Festlegung der Reihenfolge der Arbeiten zum Um- und Ausbau sowie zur Unterhaltung und Instandsetzung von Straßen, Wegen und Plätzen, deren Bedeutung über den Stadtbezirk nicht hinausgeht, einschließlich der Beleuchtungseinrichtungen;
2. die Pflege des Ortsbildes sowie die Unterhaltung und Ausgestaltung der öffentlichen Park- und Grünanlagen, deren Bedeutung nicht wesentlich über den Stadtbezirk hinausgeht;
3. die Förderung von Vereinen, Verbänden und sonstigen Vereinigungen im Stadtbezirk;
4. die Förderung und Durchführung von Veranstaltungen der Heimatpflege und des Brauchtums im Stadtbezirk der;
5. die Information, Dokumentation und Repräsentation in Stadtbezirksangelegenheiten.

Rechtsgrundlagen hierfür sind § 33 Abs. 1 Satz 2 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden, die ihre Ermächtigung ihrerseits in § 4 Abs. 2 Satz 1 SächsGemO findet, § 71 Abs. 2 Satz 3 i.V.m § 67 Abs. 1 Satz 1 Ziff. 2 bis 5 und 7 SächsGemO.

Der Stadtrat hat ferner seine Kompetenz aus § 71 Abs. 2 Satz 4 SächsGemO genutzt, um eine Aufgabenabgrenzungsrichtlinie zu erlassen (Beschluss Nr. V2523/18 vom 13. Dezember 2018). Hierdurch hat er die Zuständigkeiten zwischen Stadtrat, Stadtbezirksbeirat und Oberbürgermeister abgegrenzt.

b) Erläuterung zur finanziellen Auswirkung

Die in der Vorschlagsliste (Anlage 1) vorgeschlagenen Baumaßnahmen, sind bereits ausfinanziert. Die dafür notwendigen Haushaltsmittel sind im Geschäftsbereich Stadtentwicklung durch die Haushaltssatzung (Stadtratsbeschluss Nr. V2583/18 vom 13. Dezember 2018) eingeplant.

c) Konkretes Verfahren zur Festlegung der Reihenfolge

Das Verfahren zur Reihenfolge von Arbeiten ist in der Aufgabenabgrenzungsrichtlinie in Ziff. 1.3 geregelt. Hiernach sind vier Schritte notwendig:

1. Der Oberbürgermeister übermittelt dem Stadtbezirksbeirat einen Vorschlag zur Straßenunterhaltung durch das Straßen- und Tiefbauamt (Amt 66). Das ist mit dieser Vorlage erfolgt – siehe Anlage 1.

2. Der Stadtbezirksbeirat verhandelt über die vorgelegte Vorschlagsliste und schlägt seinerseits eine Priorisierung vor. Das erfolgt im Rahmen der Beratung und Beschlussfassung zu dieser Vorlage.
3. Die vom Stadtbezirksbeirat beschlossene [oben Ziff. 2] Priorisierung wird durch das Straßen- und Tiefbauamt geengeprüft.
4. Sodann erhält der Stadtbezirksbeirat zur Beschlussfassung in einer weiteren Sitzung die „Finale Liste der Maßnahmen“. Über diese ist zu beraten und beschlusszufassen. Abweichungen hierüber sind nur zulässig, soweit die Verpflichtung der Stadt zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit eine andere Reihenfolge gebietet.

Die Vorschlagsliste berücksichtigt die insgesamt zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel für örtliche Straßen. Unter Priorisierung ist zu verstehen, dass der Stadtbezirksbeirat die Priorität (aus dem Lateinischen = der *Vordere*) ändert. Das bedeutet, es ist allein Sache des Stadtbezirksbeirates zu entscheiden, welche der vorgeschlagenen Maßnahmen zuerst abgearbeitet werden muss.

Im Fachamt wird danach die veränderte Priorisierung geprüft und in eine „Finale Liste der Maßnahmen“ überführt. Diese wird dem Stadtbezirksbeirat ebenfalls zur Beschlussfassung vorgelegt.

Denkbar ist, dass der Oberbürgermeister (bzw. das Fachamt) dem Stadtbezirksbeirat gegenüber verbindlich erklärt, dass die durch den Stadtbezirksbeirat vorgeschlagene Priorisierung unverändert bestätigt wird. Dann ist eine zweite Beratung zur Beschlussfassung über die „Finale Liste der Maßnahme“ nicht zwingend erforderlich. Der Wortlaut der Aufgabenabgrenzungsrichtlinie würde dies nahelegen, gleichwohl hat der Stadtrat in seiner Richtlinie nur den Fall geregelt, dass es zu einem Dissens (einem Auseinanderfallen von Vorschlag und Priorisierung bzw. Gegenprüfung) kommt. Ziel des Gesetzgebers und des Stadtrates ist aber, dass der Stadtbezirksbeirat über die örtlichen Straßenbaumaßnahmen anstelle des Stadtrates entscheidet. Das würde durch diese schriftliche Erklärung sichergestellt.

d) Ergänzungen zur Vorschlagsliste aus eigenen Haushaltsmitteln der Stadtbezirke

Der Stadtrat hat in der Haushaltssatzung festgelegt folgende Stadtbezirksbudgets festgelegt:

<i>Ortsteile der LHD</i>	<i>Anzahl Einwohner</i>	<i>Zuschuss je EW</i>	<i>Summen</i>
StB 0 Altstadt	57.958	10,00 €	579.580,00 €
StB 1 Neustadt	50.871	10,00 €	508.710,00 €
StB 2 Pieschen	53.532	10,00 €	535.320,00 €
StB 3 Klotzsche	20.782	10,00 €	207.820,00 €
StB 4 Loschwitz	20.500	10,00 €	205.000,00 €
StB 5 Blasewitz	88.917	10,00 €	889.170,00 €
StB 6 Leuben	39.270	10,00 €	392.700,00 €
StB 7 Prohlis	58.028	10,00 €	580.280,00 €
StB 8 Plauen	57.413	10,00 €	574.130,00 €
StB 9 Cotta	74.289	10,00 €	742.890,00 €

Aus diesen kann jeder Stadtbezirksbeirat Ergänzungen zur Vorschlagsliste beschließen.

Anlagenverzeichnis:

Anlage 1 - Priorisierungsliste

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Jörg Lämmerhirt', with a stylized flourish at the end.

Jörg Lämmerhirt
Stadtbezirksamtsleiter